

Hr. Schelju SCHELEW (Präsident, Bulgarien) (Simultanübertragung aus dem Französischen): Verehrter Herr Präsident, Exzellenzen, meine Damen und Herren. Erlauben sie mir, eine Bemerkung an den Beginn meiner Ausführungen zu stellen: Wenn der Pariser Gipfel der KSZE eine große Anzahl von Staats- und Regierungschefs, die demokratisch gewählt wurden, hier versammelt, eine Zahl, die weit größer ist als vor 15 Jahren in Helsinki, und wenn die antitotalitären Revolutionen beschleunigt die europäischen Staaten zu mehr demokratischen Strukturen geführt haben, dann ist das weitgehend, davon bin ich überzeugt, dem Prozeß zuzuschreiben, der in der Hauptstadt Finnlands begonnen wurde. Für die Demokraten der alten sozialistischen Systeme Europas stellten die Grundsätze der Schlußakte sowohl ein zu übernehmendes Wertesystem als auch eine im erbitterten Kampf gegen den Totalitarismus zu berücksichtigende Rechtsgrundlage dar. Wir sind uns der Tatsache bewußt geworden, daß dieser Prozeß die diplomatische Strategie, die die freie Welt gewählt hatte nun Wirklichkeit werden ließ, und somit ständig Druck auf die kommunistischen Regime ausübte, und zu ihrem endgültigen Sturz führte. Wir sind verpflichtet, nun einer einzigartigen Situation der Geschichte Rechnung zu tragen. Wir haben die Chance, einen einheitlichen Raum politisch, wirtschaftlich und kulturell unter Achtung der Normen der Demokratie, der Marktwirtschaft und der Menschenrechte, zu errichten.

Bulgarien hat sofort begonnen, seinen neuen Platz in diesem Raum auszufüllen. Die Veränderungen, die wir erleben, und die manchmal langsamer vor sich gehen als anderswo, sind endgültig und nicht mehr rückgängig zu machen. Die Erhebung der Bulgaren, unsere "Sanfte Revolution", hat eine lange kommunistische Erfahrung beendet und authentische demokratische Institutionen zu schaffen begonnen.

Zum ersten Mal seit 50 Jahren sind echte pluralistische Wahlen in unserem Land durchgeführt worden. Es wurden ein Parlament, ein Präsident und eine Regierung frei gewählt. Nach völliger Wiedererlangung der unveräußerlichen nationalen Souveränität stellt sich Bulgarien heute auf der internationalen Szene als ein freies unabhängiges Land dar, das bereit ist, Verpflichtungen einzugehen, um sich in der internationalen Völkergemeinschaft unabhängig einzusetzen.

Hr. Schelew

Herr Präsident, die Außenpolitik Bulgariens, und das habe ich bereits vor wichtigen Gremien in der Weltöffentlichkeit gesagt, will die neuen Prinzipien achten und neue Strategien fixieren. Wesentliche Priorität ist dabei die Beteiligung an dem europäischen Prozeß, der einen Aktionsrahmen und Fixpunkt für alle unsere internationalen Initiativen darstellt. Die Zukunft Bulgariens, die Zukunft Europas, werden, davon sind wir überzeugt, durch die Schaffung europäischer Strukturen für Sicherheit und Zusammenarbeit sichergestellt. Überflüssig ist es, den besonders wertvollen Beitrag der Vereinigten Staaten und Kanadas zur europäischen Stabilität hervorzuheben.

Der Warschauer Vertrag als militärische Organisation umfaßt die Länder eines politischen Blockes und befindet sich im Zustand der Auflösung; Bulgarien muß sich folglich um neue Garantien für seine nationale Sicherheit umsehen. Wir sind der Meinung, daß der Kontext des europäischen Prozesses und die Vervollkommnung eines Verhaltenskodex, dessen wesentliche Bestimmungen bereits durch die zehn Prinzipien der Schlußakte von Helsinki umrissen sind, dafür die erforderlichen Vorbedingungen schaffen können. Die strategische Landschaft auf dem europäischen Kontinent wandelt sich tiefgreifend, und wir sind ja die Zeugen davon. Das Engagement, das nötig war, um ein bipolares Gleichgewicht der Großmächte zu wahren, ist hinfällig und sinnlos geworden. Die Ziele der Verhandlungen über konventionelle Streitkräfte in Europa sind von den aktuellen Ereignissen überholt worden. Also müssen wir neue Ansätze finden, die durch den Wandel gerechtfertigt sind, denn eine große Zahl von europäischen Staaten nimmt nicht an diesem Mechanismus der konventionellen Abrüstung teil. Es sind also Mittel vorzusehen, um die potentiellen Konflikte auf regionaler Ebene zu vermindern und zu neutralisieren.

Darüberhinaus müssen wir den politischen Mut und die schöpferische Kraft finden, um mustergültige Konsultations- und Kooperationsmechanismen, seien sie bilateral oder multilateral, zu entwerfen, die nicht zulassen, daß die Gegenüberstellung zwischen Ost und West in stereotype Konfrontationen ausartet, wie das in der Geschichte bei alten Rivalitäten der Fall war. Beunruhigende Tendenzen zeigen, daß ein erneutes Aufflammen nationaler Konflikte und ethnischen Hasses und Gebietsforderungen zu befürchten sind. Ich glaube, daß die zerbrechliche Demokratie in Osteuropa eher durch gewalttätige

Äußerungen von Nationalismus und extremem Chauvinismus bedroht ist als durch die kläglichen Versuche, totalitäre Strukturen und Systeme am Leben zu erhalten. Den Überschwang nationaler Gefühle zu ermutigen und in die Staatspolitik einfließen zu lassen - das ist eine echte Gefahr. Daß die Länder versuchen, ihre nationalen Traditionen wiederzufinden und ihre legitime Souveränität wieder herzustellen und ihre nationale Einzigartigkeit und Würde hervorzuheben, widerspricht nicht den humanitären Tendenzen der heutigen Zeit, die engstirnigen Egoismus ablehnt. Der Dialog zwischen gegensätzlichen Partnern ist zu fördern, Toleranz und Weisheit sollten geübt werden, das sind die wesentlichen Elemente des europäischen Verständnisses, das wir alle anstreben.

Ich meine, daß die Beziehungen zwischen den verschiedenen ethnischen Gruppen ganz besonders im Rahmen des europäischen Prozesses unser Interesse verdienen. Die einzelnen Lösungen müssen aber unter strikter Beachtung der Souveränität und der territorialen Integrität eines jeden Landes und der Grundrechte seiner Bürger erfolgen. Die entscheidende Bedeutung dieser Probleme erfordert, daß sie in einem neuen "Korb" im Rahmen der KSZE zusammengefaßt werden. Im Lauf der letzten Monate hat Bulgarien hier guten Willen gezeigt, was seine Nachbarn angeht. Die Grundrechte der bulgarischen Türken, die von dem vorangegangenen System so grausam mit Füßen getreten worden waren, sind wieder hergestellt. Wir hoffen, daß diese Tat dazu beigetragen hat, das getrübe Bild unseres Landes zu erhellen und die alten Werte des nationalen Geistes - Toleranz, Weisheit und Gelassenheit wiederzubeleben, die seit Jahrhunderten Bulgarien zu einem Refugium für alle gemacht haben, die einer anderen Religion oder Nation angehören. Bulgarien hat die Ausrottung der bulgarischen Juden in den Todeslagern der Nazis verhindert, und das war kein Zufall. Unsere Beziehungen zur Türkei haben sich eindeutig positiv entwickelt. Unsere Annäherung an Griechenland beschleunigt sich und trägt schon Früchte. Wir halten das für einen sehr wichtigen Faktor für die grundlegende Sicherheit auf dem Balkan.

Wir haben auch an den wirtschaftlichen Aspekten der Zusammenarbeit großes Interesse. Das Schlußdokument der Wirtschaftskonferenz von Bonn hat betont, daß alle Unterzeichnerstaaten willens sind, die wesentlichen marktwirtschaftlichen Prinzipien einzuhalten. Bulgarien zollt den Verpflichtungen, die

Hr. Schelew

die Länder, die sich im Übergang von der zentralen Planwirtschaft zur Marktwirtschaft befinden, eingegangen sind, höchste Anerkennung. Die wirtschaftliche Zusammenarbeit ist von ausschlaggebender Bedeutung für den Prozeß der Demokratisierung des Landes, und dürfte auch unseren europäischen Partnern nicht gleichgültig sein. Wir sind bereit, die schwere Last der unliebsamen wirtschaftlichen Maßnahmen auf uns zu nehmen, aber wir rechnen mit der europäischen Solidarität.

Es handelt sich nun darum, daß unsere Partner reagieren, damit diese Unterstützung wirksam wird.

Ein Schlüsselproblem ist: Wie wird sich der europäische Prozeß weiter entwickeln? Welches sind die konkreten Mechanismen dafür? Ein flexibler Ansatz würde es möglich machen, neue Strukturen mit den bereits existierenden zu verbinden, die Bulgarien sehr gut kennt, da es mit diesen Strukturen schon lange zusammengearbeitet hat. Wir genießen inzwischen den Sonderstatus als Gast im Europarat und können alle unsere Verpflichtungen erfüllen, um Mitglied im Europarat zu werden. Wir unterstützen auch die Initiative einer parlamentarischen Versammlung im europäischen Prozeß, dessen Kern die parlamentarische Versammlung des Europarates sein könnte, denn die Idee eines europäischen Parlamentarismus liegt uns sehr am Herzen. Es wäre angebracht, ein ständiges Organ mit leichten Strukturen zu schaffen, vielleicht ein Sekretariat mit Sitz in Prag, einem wichtigen und natürlichen Zentrum des politischen und kulturellen Lebens in Europa.

Abschließend möchte ich dem Exekutivsekretär und seinen Mitarbeitern herzlich danken, deren Organisationstalent wir es verdanken, daß unsere Arbeiten hier nutzbringend verlaufen konnten.

Wenn diese Konferenz so erfolgreich verläuft, dann verdanken wir das Frankreich und seinem Präsidenten Herrn Francois Mitterrand, dem Geist von Freiheit und Toleranz, der in dieser herrlichen Stadt Paris herrscht.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.